

Kurzbericht

Enquetekommission „Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern“ (29. - öffentliche - Sitzung am 24. November 2021)

Beratungsthemen:

1. Frauen und Mädchen im Ehrenamt

hier: Impulsvortrag des Kommissionsmitgliedes und Vorsitzenden des Landesfrauenrates Niedersachsen e. V. Frau Marion Overmöhle-Mühlbach zu Ziffer 3 des Einsetzungsbeschlusses

Die Kommission konnte den Impulsvortrag wegen krankheitsbedingter Abwesenheit des Kommissionsmitgliedes Marion Overmöhle-Mühlbach nicht entgegennehmen. Sie setzte den Impulsvortrag daher von der Tagesordnung ab und nahm in Aussicht, ihn in ihrer Sitzung am 8. Dezember 2021 entgegenzunehmen.

Die Kommissionsvorsitzende bat die Kommissionsmitglieder für den Fall, dass sich aus der vorab von Frau Overmöhle-Mühlbach zugeleiteten schriftlichen Stellungnahme Fragen ergeben, diese Frau Overmöhle-Mühlbach schriftlich oder per E-Mail zuzuleiten.

2. Aufnahme des „Ehrenamtes“ in die Niedersächsische Verfassung

Die Kommission verständigte sich einvernehmlich darauf, in ihrem Abschlussbericht nicht zu empfehlen, in die Niedersächsische Verfassung das „Ehrenamt“ als weiteres Staatsziel aufzunehmen.

3. Aufnahme von abweichenden Voten in den Abschlussbericht

Die Kommission verständigte sich einvernehmlich darauf, Minderheitsvoten bzw. abweichende Voten nicht im Text des Abschlussberichtes darzustellen.

Sie beschloss, Minderheitsvoten bzw. abweichende Voten vielmehr durch Fußnoten kenntlich zu machen.

Gegen die Empfehlung des Kommissionsmitgliedes Dr. Florian Hartleb kam die Kommission überein, Minderheitsvoten bzw. abweichende Voten nicht an das Ende des Berichtes, sondern an das Ende der jeweiligen Kapitel auszugliedern.

4. Beschlussfassung über eine Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Bürokratieabbau“ sowie ergänzende Impulsvorträge von Kommissionsmitgliedern am 8. Dezember 2021

Die Kommission bat die Landesregierung um eine Unterrichtung zum Thema Bürokratieabbau aus der Sicht des Finanzministeriums und der Stabstelle „Bürokratieabbau“ im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung am Beispiel eines Förderantrages bzw. Zuschussantrages.

Die Kommissionsmitglieder Insa Lienemann (AKKU) und Falk Hensel (LAG Freie Wohlfahrtspflege) haben sich bereit erklärt, zu diesem Thema Erfahrungsberichte beizusteuern.